



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

**Pressekonferenz anlässlich der gemeinsamen Erklärung von
Bundesumweltministerium und IG Metall zum EU Emissionshandelssystem ab
2013**

Berlin, 10. September 2008

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die gemeinsame Erklärung von Bundesumweltministerium und IG Metall nimmt Stellung zu den Vorschlägen der europäischen Kommission für die Weiterentwicklung des EU Emissionshandelssystems ab 2013.

Und sie nimmt Stellung zu den Herausforderungen, die sich daraus für die Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland ergeben. Wir als IG Metall haben dabei insbesondere die Rückwirkungen auf die Beschäftigten der Branche im Blick.

Meine Damen und Herren,
worin besteht unser gemeinsames Interesse, was wollen die IG Metall und das Bundesumweltministerium erreichen?

Erstens setzen wir uns gemeinsam für ambitionierte Klimaschutzziele ein. Der Emissionshandel ist ein geeignetes Instrument dafür, diese auch zu erreichen.

Zweitens müssen wir dabei die spezifischen Rahmenbedingungen der Industrie im Auge haben. Denn nur so können wir die Entwicklungsperspektiven unseres Industriestandorts erhalten.

Beides brauchen wir.

Im Klartext: Wir wollen Klimaschutz, aber die notwendigen Regulierungen in diesem Zusammenhang müssen auch dafür sorgen, dass ungerechtfertigte Risiken für die europäische Industrie und für die Beschäftigten vermieden werden.

Die Aufgabe, CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren, ist kein Thema für Sonntagsreden. Und keines, bei dem man sich für Unterlassungssünden anschließend in der Beichte die Absolution erteilen lassen kann.

Ich betrachte es als eine Aufgabe der Politik, gemeinsam mit den Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft klare Ziele und verlässliche Regeln festzulegen.

1. Die Einführung einheitlicher EU-weiter Rahmenbedingungen ersetzen die bisher geltenden nationalen Allokationspläne.

Das halte ich für richtig und konsequent. Denn eine unterschiedliche Zuteilung von Zertifikaten in den einzelnen Mitgliedsstaaten birgt immer auch die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den europäischen Standorten mit sich. Schon deshalb brauchen wir einheitliche Regeln.

2. Die IG Metall und auch der Europäische Metallgewerkschaftsbund unterstützen das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren.

Und sollte ein neues internationales Abkommen das Kyoto-Protokoll fortschreiben, werden wir auch ein Ziel von minus 30 Prozent (gegenüber dem Niveau von 1990) unterstützen.

Das ist anspruchsvoll und stellt gerade die Eisen- und Stahlindustrie vor große Herausforderungen. Erreicht werden kann dieses Ziel nur durch ein hohes technologisches Niveau und weitere Innovationen.

Die Stahlindustrie in Deutschland hat beim effizienten Einsatz von Energie und Rohstoffen international eine Spitzenstellung. Sie hat ihre spezifischen CO₂-Emissionen von 1990 bis 2007 um rund 16 Prozent reduziert und bis 2012 sollen weitere 6 Prozentpunkte erreicht werden. Da ein großer Teil der CO₂-Emissionen gerade in dieser energieintensiven Industrie prozessbedingt ist, sind die Minderungspotentiale nahe am technischen Limit angekommen.

3. Wir dürfen mit diesen anspruchsvollen Zielen die Standorte in Europa gegenüber außereuropäischen Standorten – in Asien, Südamerika und anderswo, nicht ungerechtfertigt belasten. Die Vermeidung von solchen Wettbewerbsverzerrungen muss also neben der Minderung der Treibhausgasemissionen eine zentrale Leitlinie für die Ausgestaltung des Emissionshandels sein.

Die Stahlindustrie hat heute in Deutschland eine gute Perspektive, so gut wie schon lange nicht mehr. Die Unternehmen haben neue Investitionen auf den Weg gebracht und die Beschäftigtenzahlen steigen wieder. Diese Perspektive will die IG Metall und wollen die Betriebsräte des Eisen- und Stahlindustrie nicht gefährden.

Einerseits können durch den Emissionshandel kostenbedingte Verlagerungen zu einer echten Bedrohung für die Eisen- und Stahlindustrie werden und zu Arbeitsplatzverlusten in dieser Branche führen.

Andererseits schaden Verlagerungen CO2-intensiver Produktion aber auch dem Klimaschutz. Denn Anlagen mit oft geringerer Effizienz in nicht EU-Ländern können sogar zu einem globalen Anstieg der Emissionen führen.

Deshalb brauchen wir im Falle – echter, also nachgewiesener Standortgefährdungen - Ausnahmen von der Versteigerung für die Eisen- und Stahlindustrie. Wir brauchen objektive Kriterien, die eine Abgrenzung der von carbon-leakage betroffenen Produktionsbereiche erlauben.

Und wir brauchen dafür langfristig verlässliche Rahmenbedingungen, damit geplante Investitionen in Europa auch zukünftig möglich sind.

Darüber sind sich IG Metall und BMU einig und das haben wir in der Erklärung festgeschrieben.

In den nächsten Wochen werden auf europäischer Ebene die Verhandlungen darüber geführt, wie diese Abgrenzungskriterien konkret aussehen sollen. Und wir erwarten als IG Metall, daß der Bundesumweltminister faire Regeln für die Arbeitsplätze in der Eisen- und Stahlindustrie durchsetzt.

4. Ich will hier nicht auf alle Details unserer gemeinsamen Erklärung eingehen. Aber ein spezifisches Problem unserer integrierten Hüttenstandorte muss ich noch ansprechen.

Der bisherige Vorschlag der Kommission wird dazu führen, dass der Anlagenverbund unserer integrierten Hüttenstandort neu behandelt werden soll und dass Kuppelgaskraftwerke unter die Auktionsierungsregel für Energieanlagen fallen sollen.

Kuppelgase sind ein Rest- oder Abfallprodukt der Roheisenherstellung und ihre Verwendung in Kuppelgaskraftwerken ermöglicht eine doppelte Verwertung des Kohlenstoffeinsatzes. Damit wurde ein hochgradig energieeffizienter industrieller Prozeß geschaffen, der im Zusammenhang mit Abgasen der Stahlerzeugung nicht abgeschnitten werden darf sondern weiter gefördert werden muss. Auch hier muss die europäische Politik Augenmaß bewahren.

IG Metall und BMU wollen für Kuppelgase keine Auktionsierung, sondern eine kostenlose Zuteilung auf der Grundlage ambitionierter EU-weiter Benchmarks erreichen.

Meine Damen und Herren,

die IG Metall will eine verantwortungsbewusste Klimaschutzpolitik. Sie will aber auch ungerechtfertigte Verwerfungen für Produktion und Beschäftigung vermeiden helfen.

Dafür wird die IG Metall an innovativen Lösungen mitarbeiten. Dafür kann und muss die Eisen- und Stahlindustrie und die Industrie insgesamt Verantwortung übernehmen. Ganz klar.

Und dafür brauchen wir die Unterstützung des Bundesumweltministers. Ein Umweltminister muss Verantwortung übernehmen für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für den Schutz der Arbeitsplätze.

In Europa werden nicht nur die Anlagen mit dem höchsten technischen Standard betrieben, sondern auch hoch qualifizierte Mitarbeiter beschäftigt. Gerade deshalb wollen wir industrielle Arbeitsplätze nicht aus Europa verdrängen.

Wir bringen industrie- und beschäftigungspolitische Erfordernisse mit den Notwendigkeiten des Klimaschutzes in Übereinstimmung. Dies ist nachhaltige und zukunfts feste Industriepolitik. Klimaschutz ist industriepolitisch eine große Chance.